



AfR/04/2012

Abschrift!

## Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung  
am Mittwoch, dem 10.10.2012, 15:00 Uhr,  
im Blattpavillon der Deula, Max-Eyth-Straße 2, Nienburg**

---

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:55 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup  
Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe

Vertretung für Herrn  
stellv. Landrat Grant  
Hendrik Tonne

Herr KTA Jörg Brüning, 31636 Linsburg  
Herr KTA Ernst Brunschön, 31547 Rehburg-Loccum  
Herr KTA Rüdiger Kaltofen, 31604 Raddestorf  
Herr stellv. Landrat Jürgen Leseberg, 31636 Linsburg  
Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen  
Herr KTA Friedrich Sieling, 31613 Wietzen  
Herr KTA Rolf Warnecke, 31582 Nienburg  
Herr KTA Dr. Ralf Weghöft, 31582 Nienburg  
Herr KTA Peter Westermann, 31600 Uchte

Beratendes Mitglied

Herr Tobias Göckeritz, 31634 Steimbke  
Herr Dr. Hans Reye, 31547 Rehburg-Loccum

Verwaltung

Herr Markus Arndt,  
Herr Mark Härtel,  
Herr BOR Dietrich Pagels,  
Frau Simone Schulze,  
Herr Kreisrat Thomas Schwarz,

Presse

Herr Stüben, "Die Harke",

Der Vorsitzende KTA Warnecke eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung vom 12.07.2012
- TOP 2: Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel; 28. Ergänzung (Oktober 2012)  
**2012/175**
- TOP 3: Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramm - Übersicht über die eingegangenen Hinweise und Anregungen - weitere Vorgehensweise  
**2012/167**
- TOP 4: Abschlussbericht Zensus 2011  
**2012/178**
- TOP 5: Mitteilungen/Anfragen hier: Klimaschutz im Landkreis Nienburg
- TOP 5.1: Mitteilungen/Anfragen hier: Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes
- TOP 5.2: Mitteilungen/Anfragen hier: Konsensprojekt großflächiger Einzelhandel
- TOP 6: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Der Vorsitzende	Protokollführerin	Der Landrat In Vertretung
gez. Warnecke	gez. Schulze	gez. Schwarz
Kreistagsabgeordneter	Verwaltungsfachangestellte	Kreisrat



**Protokoll zu TOP 1**

---

10.10.2012

**Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses  
für Regionalentwicklung vom 12.07.2012**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



**Protokoll zu TOP 2**

---

**2012/175**

10.10.2012

**Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel;  
28. Ergänzung (Oktober 2012)**

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

**Maßnahmen erster Priorität für die Verwendung der Regionalisierungsmittel  
28. Ergänzung (Oktober 2012)**

Der Kostenrahmen für die Maßnahme 134 „Anschaffung gebrauchter Solobusse“ soll um 53.740 € auf 173.740 € erhöht werden.

Der Kostenrahmen für die Maßnahme 150 „Herstellung einer Treppe zwischen Tunnel und Bahnhof in Eystrup“ soll um 50.000 € auf 125.000 € erhöht werden.

Die Liste von Maßnahmen erster Priorität soll um

Maßnahme 154 Ausbau der Haltestelle Schule in Eystrup. Die Kosten ergeben sich aus dem Differenzbetrag aus Gesamtkosten und Landesförderung abzüglich der nicht förderfähigen Teilmaßnahmen.

Maßnahme 155 Ausbau der HS Rudolf-Harbig-Straße in Hoya mit einem Kostenrahmen in Höhe von 119.000 €

Maßnahme 156 Aus- und Neubau von Haltestellen 2013/2014 mit einem Kostenrahmen in Höhe von 100.000 €

erweitert werden.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Kreisrat Schwarz erläutert den Sachverhalt zu der Maßnahme 134. Es gehe um zwei Busse der Stadt Nienburg, die verkauft werden sollten und deren Verkaufserlös bei

der Neuanschaffung von 2 Bussen angerechnet werden sollte. Die Stadt Nienburg hat die Busse im Anlagevermögen geführt, die Briefe der Busse befänden sich jedoch im Besitz der Regiobus. Zu einer Verrechnung sei es daher nicht gekommen, demzufolge hat die Stadt Nienburg einen weiteren Zuschuss in Höhe von 53.740,--€ beim Landkreis Nienburg/Weser beantragt.

KTA Brunschön erklärt, dass, solange die beihilferechtlichen Fragen noch nicht geklärt seien, der Beschluss unter Vorbehalt gefasst werden solle.

KTA Brüning erklärt ebenfalls, dass ein Beschluss unter Vorbehalt gefasst werden sollte.

Kreisrat Schwarz erläutert, dass die Verwaltung nicht nach beihilferechtlichen Vorschriften geprüft werde. Die Prüfung über die Verwendung der Regionalisierungsmittel werde im Hause vom Rechnungsprüfungsamt und vom Land übernommen.

Dipl.-Geogr. Arndt merkt an, dass eine andere Verkehrsgesellschaft Einspruch erheben könne und es dann beihilferechtlich relevant sein könne, da der Eindruck entstehen könne, man habe die Stadtbusgesellschaft bevorzugt.

KTA Warnecke weist auf ein neutrales Wertgutachten und ein Schreiben der Stadt Nienburg/Weser vom 03.09.2012 hin, in dem eine Ausschreibung nicht möglich sei.

Kreisrat Schwarz erklärt, dass es sich bei dem Schreiben um normale Verwaltungsarbeit handle. Die Stadt hat mit der Regiobus einen Vergleich geschlossen, bei dem die Stadt die Konzessionen für die Stadtbuslinien erhält. Im Gegenzug wird die Frage des Eigentums nicht weiter verfolgt.

KTA Dr. Weghöft erklärt, dass die Verwaltung bei diesem Beschlussvorschlag bereits geprüft haben müsste. Er verweist auf den Erfolg, dass mehr als 1.000.000 Fahrgäste pro Jahr die Busse der ÖPNV nutzen und spricht sich für eine Zustimmung aus.

KTA Bergmann-Kramer unterstützt den Beschluss mit dem Vorbehalt.

KTA Warnecke gibt zu Bedenken, dass sich jeder Bescheid einer rechtlichen Überprüfung unterziehen muss. Wenn sich im Nachhinein eine Rechtswidrigkeit ergebe, werde der Zuschuss zurückgefordert. Vorbehalte wären demnach bei jedem Beschluss notwendig.

3. Stellv. Landrat Leseberg stellt heraus, dass der ursprüngliche Antrag fehlerhaft gewesen sei, da die Eigentumsverhältnisse zu diesem Zeitpunkt unklar gewesen seien.

KTA Brüning fragt, wie es zu der Kostensteigerung bei der Maßnahme 150 gekommen sei.

KTA Bergmann-Kramer erläutert, dass die Kostenschätzung für die zusätzlich geplante Treppe westlich der Bahnstrecke Eystrup kurzfristig zur Bearbeitung vorgelegt worden sei. Damals sei man von einer Bausumme von 120.000,--€ ausgegangen. Nach aktuellen Kostangaben belaufen sich die Kosten für die Westtreppe auf 175.000,--€, so dass nun mehr eine Lücke von 50.000,--€ zu schließen sei.

KTA Westermann fragt, wie es bei der Maßnahme 154 zu dem Differenzbetrag in Höhe von 88.000,--€ käme, seiner Berechnung nach müsste der Differenzbetrag zwischen der Gesamtmaßnahme in Höhe von 187.000,--€ abzüglich der Fördermittel in Höhe von 110.000,--€ 77.000,--€ betragen.

Dipl.-Geogr. Arndt erläutert, dass in der beantragten Zuwendung die Kosten für die Herstellung von Ersatzparkplätzen enthalten seien, für die der Zweck der Verwendung aus Regionalisierungsmittel nicht zulässig sei. Deshalb sei der Kostenrahmen reduziert worden.

Anmerkung der Kreisverwaltung: Der Differenzbetrag beträgt richtiger Weise 77.000,--€. Weil ein Zuschuss für die Schaffung von Ersatzparkplätzen nicht möglich ist, wird der Kostenrahmen auf 70.000,--€ reduziert.

KTA Warnecke schlägt vor, das die Kosten der Gesamtmaßnahme abzüglich der Fördermittel festzusetzen und den Beschluss entsprechend anzupassen i.

KTA Bergmann-Kramer unterstützt diesen Vorschlag.



**Protokoll zu TOP 3**

---

**2012/167**

10.10.2012

**Bekanntmachung der allgemeinen Planungsabsichten zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramm - Übersicht über die eingegangenen Hinweise und Anregungen - weitere Vorgehensweise**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

KTA Brüning fragt an, wo der Nationale Radverkehrsplan zu finden sei.

BD Pagels führt aus, dass dieser auf der Internetseite des Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen verfügbar sei.

KTA Brun Schön merkt an, dass sich innerhalb des Plangebietes Erdöl- und Erdgaslagerstätten befänden, aus denen nennenswerte Mengen an Kohlenwasserstoffen zur Energieversorgung gewonnen werden. Er stellt die Frage, was unter nennenswerte Mengen zu verstehen sei.

Kreisrat Schwarz erläutert, dass diese Angaben sehr allgemein gehalten seien. Die Karte sei bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe abgebildet. Es liege kein Antrag für eine konkrete Maßnahme vor, es handele sich um eine grobe Ressourcenabschätzung.

KTA Brun Schön bezieht sich auf die Stellungnahme des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie Nr. 71001. Danach sei die Rohstoffsicherungskarte von Niedersachsen Grundlage für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Rohstoffgewinnung in den Regionalen ROP und für die Änderung des RROP sei eine Übersicht über die Rohstoffsicherungsgebiete im Bereich des Landkreises Nienburg erhältlich. So seien neue Rohstoffsicherungsgebiete 1. Ordnung im Bereich Glissen und Sudhalenbeck ausgewiesen. Er fragt an, ob der Landkreis beteiligt worden und diese Karte angefordert worden sei

KTA Brüning fragt an, welches Glissen hierbei gemeint sei.

Dipl.-Geogr. Arndt erklärt, dass es sich um Glissen bei Lemke handele. Die Rohstoffsicherungskarte sei lediglich eine fachliche Grundlage für die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Rohstoffgewinnung.

Anmerkung der Verwaltung: siehe Stellungnahme des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (Anlage 1)

KTA Dr. Weghöft erläutert, dass vor 10 Jahren bei der Aufstellung des RROP die Festlegungen zur Siedlungsentwicklung von Bedeutung gewesen seien. Zukünftig müsse dem demographischen Wandel mehr Rechnung getragen werden. Dabei müssten Aspekte der Daseinsversorgung, wie z. B. die medizinische Versorgung bei der Ausweisung von Grundzentren eine stärkere Berücksichtigung finden.

KTA Warnecke teilt mit, dass die Verwaltung mit dem Projekt „Umbau statt Zuwachs“ erste Maßnahmen ergriffen habe. Auch die Ergebnisse dieses Projektes seien bei der Festlegung zur Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen.



**Protokoll zu TOP 4**

---

**2012/178**  
10.10.2012

**Abschlussbericht Zensus 2011**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



**Protokoll zu TOP 5**

---

10.10.2012

**Mitteilungen/Anfragen hier: Klimaschutz im Landkreis Nienburg**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Kreisrat Schwarz teilt mit, dass die Klimaschutzagentur Mittelweser e.V. am 27.09.2012 gegründet worden sei. Vorsitzender sei Herr Landrat Kohlmeier, sein Stellvertreter sei Herr Bürgermeister Onkes.

Die nächste Beiratssitzung werde aller Voraussicht nach am Donnerstag, den 15.11.2012 um 19 Uhr stattfinden.



## **Protokoll zu TOP 5.1**

---

10.10.2012

### **Mitteilungen/Anfragen hier: Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes**

#### Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

#### Beratungsgang:

BD Pagels erläutert, dass es eine Neufassung des Bundesverkehrswegeplanes geben werde. Man versuche beispielsweise durch einen Internetauftritt, die Bürger an diesem Prozess teilhaben zu lassen und gebe ihnen damit die Möglichkeit, Stellung zu beziehen. Im Land Niedersachsen werden sog. Regionalkonferenzen mit den Trägern öffentlicher Belange stattfinden.

Bei der letzten Konferenz am Montag in Hannover seien von BD Pagels die Ortsumgehungen Leese-Landesbergen mit Anschluss Südring Nienburg, Rohrsen-Anschluss Nienburg sowie Rehburg und Steimbke angesprochen worden. Weitere schriftliche Eingaben seien bis Ende November 2012 möglich. Es sollten so viel Projekte wie möglich eingebracht werden. Der Landkreis werde die Vorhaben unterstützen.

KTA Dr. Weghöft fragt an, warum die Stadt sich nicht mit dem Südring gemeldet habe.

BD Pagels ergänzt, dass dieses seitens des ebenfalls anwesenden Vertreters der Stadt Nienburg zusätzlich erfolgt sei.

Kreisrat Schwarz erklärt, was heute nicht im vordringlichen Bedarf ist, werde frühestens in 20 bis 30 Jahren ausgebaut. Eine Finanzierung der Strassen ließe sich eventuell über eine Maut regeln und könne zu einer schnelleren Lösung führen.

KTA Warnecke spricht sich dafür aus, eine Prioritätenliste im Landkreis zu erstellen, damit zumindest Teilerfolge zu erzielen seien. Man solle sich auf Maßnahmen beschränken, die Bedeutung für den Raum haben und diese so stärken, dass sie in den vordringlichen Bedarf aufgenommen werden.

BD Pagels stellt nochmals klar, dass das Land dazu ermuntert habe, Anträge zu stellen, eine Prioritätenliste sei für neue Vorschläge nicht unbedingt erforderlich, zumal die Projekte erst in 10 bis 20 Jahren zum Tragen kommen.



**Protokoll zu TOP 5.2**

---

10.10.2012

**Mitteilungen/Anfragen hier: Konsensprojekt großflächiger Einzelhandel**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit o Enthaltungen

Beratungsgang:

Dipl.-Geogr. Arndt stellt den Bericht Konsensprojekt großflächiger Einzelhandel vor. Dieser werde in Kürze an die Kommunen sowie die Fraktionen verschickt und ferner noch auf der Internetseite des Landkreises verfügbar gemacht.



**Protokoll zu TOP 6**

---

10.10.2012

**Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne